

Heym, Stefan

(1913 – 2001)

deutscher Schriftsteller

Heym bei wikipedia >>>

Sozialismus ist ...

Rede auf einer Demonstration am 9. Dezember 1989 in Berlin

Wie Sie wissen, habe ich meine Meinung klar und öffentlich auch schon zu einer Zeit gesagt, als andere schwiegen. Ich denke, das gibt mir das Recht, auch jetzt zu sprechen, selbst wenn das, was ich zu sagen habe, mich bei manchem von Ihnen nicht populär machen sollte.

Eine tiefe Skepsis ist unter den Menschen, kein Wunder nach den Ereignissen und Enthüllungen der letzten Tage und Wochen, und manche sagen, je eher wir uns der Bundesrepublik anschließen, desto besser, und nach vierzig Jahren des verlogenen, real existierenden Sozialismus wird gefragt, was denn Sozialismus eigentlich sei und ob es ihn überhaupt gäbe.

Der Sozialismus – und ich weiß, dass mancher das Wort schon nicht mehr hören mag – der Sozialismus ist nicht, ich wiederhole *nicht*, die Diktatur eines Apparats oder einer Partei über das Leben der Menschen, und er ist nicht die Unterdrückung der Wünsche und Gedanken des Volkes. Das ist kein Sozialismus. Der Sozialismus ist vielmehr, oder sollte es sein, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit plus sozialer Gerechtigkeit, und er ist, wie Brecht sagte, das Einfache, das schwer zu machen ist. Ich habe mich seit meiner Jugend für diese Art Sozialismus eingesetzt, und ich habe erlebt, wie viele für diese Sache sich geopfert haben und gestorben sind, und ich bin dagegen, dass jetzt, wo durch die Revolution hier zum ersten Mal es möglich wird, auf einem Stück deutschen Bodens einen solchen menschlichen, demokratischen Sozialismus zu machen, das Land DDR so mir nichts dir nichts aufgegeben werden soll.

Im Zusammenhang mit diesem Gedanken steht der Aufruf „Für unser Land“. Der Aufruf wurde verfasst und unterschrieben von ehrlichen Leuten in der ehrlichen Absicht, zur Klärung der Geister beizutragen. Er war ein Appell an jeden einzelnen in diesem Lande, und es widert mich an, dass er zu einer Kampagne nach altbekannter Manier missbraucht wurde.

Dennoch hat der Aufruf sein Gutes gehabt: er hat viele zum Nachdenken angeregt, zum Nachdenken über die DDR, Deutschland, die Zukunft. Das deutsche Volk ist eines. Deutschland wurde gespalten als Folge des Krieges, so wie Europa und die Welt gespalten wurden, und in dem Maße, in dem die Spaltung Europas und der Welt aufgehoben wird, wird auch die Spaltung Deutschlands verschwinden; die beiden deutschen Staaten, der Prozess hat bereits begonnen, werden sich einander annähern und miteinander kooperieren und, alliiertes Einverständnis vorausgesetzt, sogar konföderieren, bis es keine trennende Grenze zwischen ihnen mehr gibt.

Die Frage ist nur, was für ein geeintes Deutschland das dann sein soll: ein Großdeutschland wieder, wie gehabt, durch Anschluss zusammengekommen, ein Viertes Reich, gefürchtet von den Völkern und von nachdenklichen Menschen in beiden deutschen Staaten ebenso – oder ein anderes, Neues, in das auch die Bürger der DDR ihre Erfahrungen und Werte und die Resultate ihrer langjährigen Mühen mit eingebracht haben werden.

Dieses, wie auch das Wohl der Menschen hüben wie drüben, erfordert aber, dass Wirtschaft wie Gesellschaft in der DDR jetzt in Ordnung kommen, in eine demokratische Ordnung.

Ich glaube, das lässt sich schaffen.

Stefan Heym, Stalin verlässt den Raum. Politische Publizistik.
Reclam-Verlag Leipzig, 1990, S. 296-297

Februar 1994, aus der Presseerklärung Stefan Heyms

Warum trete ich zur Wahl des Bundestages an, noch dazu auf der Offenen Liste der PDS?
Ich bin Schriftsteller. Man kann Literatur nicht vom Leben trennen und das Leben nicht von der Politik; daher hat denn alles, was ich geschrieben habe, auch einen politischen Inhalt; bei mir handelt dieser von Freiheit und Gerechtigkeit.

...

Ich war mein Leben lang in keiner Partei, und ich werde auch der PDS nicht beitreten. Ich kandidiere als Unabhängiger: wo ich derselben Meinung sein kann wie die PDS, in Ordnung; Wo nicht, werde ich zu meiner eigenen Meinung stehen, laut und deutlich.

...

Wenn die PDS mich nun als Kandidat auf ihrer Offenen Liste haben möchte, signalisiert sie damit nicht nur, dass ihre Mitglieder ein wesentlich anderes Verhältnis zu mir gefunden haben, als die verkrusteten Genossen von damals es hatten. Sie macht erkennbar, dass sie sich in einem Prozeß innerer Wandlung befindet, der noch nicht abgeschlossen ist und ausbrechen möchte aus der parlamentarischen Isolierung, in welche die anderen Parteien sie gezwängt haben, und umdenken und umlernen, und zu einer echten, starken, linken Opposition werden.

Eine solche Opposition wird gebraucht in diesem Land gegen die etablierten Parteien, wo immer die sich den Nöten der Menschen verschließen; und sie wird gebraucht gerade jetzt, wo der rechte Ungeist überall aggressiver wird.

...

Ich bin gegen den Alleinvertretungsanspruch der westdeutschen Politikerkaste. Sie macht mich politikverdrossen. Und sie zwingt mich gerade deshalb, für den Bundestag zu kandidieren.

Franz Sodann, Leseheft: Stefan Heym – Einer der nie schwieg, 2012, S. 16

7. Februar 1994, Offener Brief von Konrad Weiß, Bündnis 90/ Die Grünen, an Stefan Heym

Sehr geehrter Herr Stefan Heym,

Ihre Kandidatur für die PDS ist töricht und pervers. Sie ist töricht, weil Sie meinen, als Demokrat und Sozialist ausgerechnet mit dieser unüberhörbar zu werden, mit einer Partei, die weder demokratisch noch sozialistisch ist. Wie können Sie nur auf die leeren Sprechblasen des Gauklers Gregor Gysi hereinfliegen. Dem und seinen Spießgenossen geht es doch nur darum, wieder ein Zipfelchen von der Macht zu erhaschen, an die sie sich so gewöhnt hatten. Glauben Sie wirklich, dass dieselben Leute, die vierzig Jahre lang die Idee des Sozialismus beschmutzt und geschändet haben, nun reinen Herzens sind? Und pervers ist Ihre Kandidatur, weil Sie sich in eine Reihe begeben mit denen, die doch auch Sie belauscht und zensiert haben.

Ihnen kann doch nicht entgangen sein, dass sich die PDS unverfroren ihrer Stasiknechte rühmt und alles versucht, ihnen wieder Einfluss zu verschaffen. Fühlen Sie sich in dieser schmutzigen Gesellschaft wirklich wohl?

Ausgerechnet Sie, der mutig wie kaum ein anderer der SED widersprochen und durch sein Schreiben und Reden viele aufgerüffelt hat, das Unrecht in der DDR zu sehen und zu

bekämpfen, verbünden sich nun mit der Partei, die dieses Unrecht zu verantworten hatte und hat. {...} Die PDS hat sich bewußt in die Nachfolge der SED gestellt. Somit kandidieren Sie für die Partei, die verantwortlich ist für die Ermordung tausender Demokraten und Sozialisten, die am 17. Juni 1953 skrupellos auf Arbeiter hat schießen lassen, die ein ganzes Volk gnadenlos einmauern ließ und unser Land in den sozialen und wirtschaftlichen Ruin geführt hat.

Mit Ihrer Entscheidung, sehr geehrter Stefan Heym, geben Sie ein fatales Signal. Sie werden vile entmutigen, die beharrlich für mehr Menschlichkeit und Demokratie in Deutschland eintreten. Sie stärken die Kräfte der Restauration und behindern den Prozeß der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen und realsozialistischen Vergangenheit, der doch überlebensnotwendig für unser Volk ist.

Mit Ihrem Schreien für die PDS berauben Sie sich selbst der Stimme.

Ich hätte Ihnen einen würdigeren Abschied gewünscht.

Franz Sodann, Leseheft: Stefan Heym – Einer der nie schwieg, 2012, S. 17

8. Februar 1994, Berlin: Offener Brief an Stefan Heym

Lieber Stefan Heym,

auch wenn ich, mehr aus Gründen der Literatur als der Politik, Ihren Schritt nicht nachvollziehen kann, habe ich doch den offenen Brief von Konrad Weiß gegen Sie nicht ohne Ekel gelesen.

Und, wie ich gestehen muss, nicht ohne Trauer: Auch dieser Geifer ist ein DDR-Produkt. Dass er in die neue blühende Landschaft passt, ist ein Argument für Ihre Entscheidung, die ich respektiere.

Herzlich,
Heiner Müller

Franz Sodann, Leseheft: Stefan Heym – Einer der nie schwieg, 2012, S. 17

Wahrlich, ich sage euch, das ist die Geschichte über die Behandlung von Stefan Heym:

Der Schriftsteller Stefan Heym hatte sich am weitesten in die Opposition gewagt, bis an die PDS und mit ihr in den Bundestag. Im November 1994, am Vorabend seiner Rede als Alterspräsident, brachten alle Rundfunk- und Fernsehstationen die vom Innenministerium unter Manfred Kanther verbreitete Meldung, Heym habe für die Stasi gearbeitet.

Kanther hatte auch alle Fraktionsvorsitzenden alarmiert.

Um 21 Uhr rief Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth bei Heym an und legte ihm nahe, auf seine Rede bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments zu verzichten, was er empört ablehnte.

Am nächsten Morgen, unmittelbar vor der Rede, brachte ihm der damalige Direktor der Stasiunterlagen-Behörde, Geiger, die Beweise dafür, dass die Vorwürfe vollkommen haltlos sind. Vor vierzig Jahren waren wegen eines anonymen Briefes zwei sich als Kriminalbeamte ausgebende Stasi-Leute bei Heym aufgetaucht und danach nie wiedergekommen.

Die innenministerielle Attacke: nichts als schamlose Intrige. Zeit die Abgeordneten darüber zu informieren, war nicht mehr. Wie er dann behandelt wurde, mag dank der Fernsehpräsenz deutlich in Erinnerung sein. Diese Szenen warfen Schlaglichter auf die

1994 herrschende politische Kultur des Landes: Abgeordnete, die sich beim Auftritt des Alterspräsidenten und jüdischen Schriftstellers von Weltruf nicht von ihren Plätzen erheben, die während seiner altersweisen Rede über Toleranz gelangweilt in Akten blättern, schreiben oder mit finsternen, arrogant-abweisenden Mienen dasitzen und jeglichen Beifall verweigern.

Anschließend gab Heym eine Pressekonferenz, die so eindeutig war, dass niemand jemals auf die Stasi-Vorwürfe zurückkommen konnte. Eine Kamera war nicht im Raum, es soll nicht einmal einen Tonmitschnitt geben. Auch die Presse hielt sich kleinlaut zurück. Die Klage gegen den Innenminister wegen Verleumdung wurde abgewiesen. Eine Meldung war das nicht wert.

Daniela Dahn, Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen, Rowohlt Verlag, 2009, S. 74

Rede als Alterspräsident zur Bundestagseröffnung am 10. November 1994

Meine Damen und Herren,

an dieser Stelle eröffnete vor vier Jahren **Willy Brandt** den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ich habe zur Vorbereitung der meinen seine Rede vor kurzem noch einmal gelesen und mit Bedauern festgestellt, daß sich nicht alles von dem was ihm vorschwebte erfüllt hat. Willy Brandt hat uns verlassen. Doch wir stehen, meine ich, immer noch in seiner Pflicht. (Beifall) – Ich danke Ihnen.

An dieser Stelle stand auch im gefährlichen Jahre 1932 **Clara Zetkin** und eröffnete den damals neu gewählten **Reichstag**. Wir wissen, was aus dem Reichstag wurde, dessen Sitzungsperiode diese hochherzige Frau damals auf den Weg brachte. Zum Reichspräsidenten wurde Hermann Göring gewählt, und der Kanzler, den jener Reichstag ernannte, hieß Adolf Hitler. Und fast zweihundert der Reichstagsmitglieder gerieten in Gefängnisse und Konzentrationslager, über die Hälfte davon starben eines gewaltsamen Todes.

Das Reichstagsgebäude, in dem wir uns heute befinden, brannte. Ich selber habe den Brand gesehen. Kurz darauf mußte ich Deutschland verlassen und sah es erst in amerikanischer Uniform wieder - ein Überlebender - und kehrte Jahre später dann in den östlichen Teil des Landes, in die DDR, zurück, wo ich auch bald in Konflikte mit den Autoritäten geriet.

Wenn einer wie ich, mit dieser Lebensgeschichte, sich jetzt von hier aus an Sie wenden und den 13. Deutschen Bundestag, den zweiten des wiedervereinigten Deutschlands, eröffnen darf, so bestärkt das meine Hoffnung, dass unsere heutige Demokratie doch solider gegründet sein möchte als es die Weimarer war, und dass diesem Bundestag wie auch jedem künftigen ein Schicksal wie das des letzten Reichstages der Weimarer Republik erspart bleiben mag.

Wir werden in den nächsten vier Jahren keine leichte Zeit haben. Es werden Entwicklungen auf uns zukommen, auf welche sich die wenigsten von uns, schätze ich, bisher eingestellt haben und um die wir uns nicht werden herumschwindeln können. Wie sagte doch Abraham Lincoln, der große amerikanische Präsident? „Einen Teil der Menschen können Sie die ganze Zeit zum Narren halten, und alle Menschen einen Teil der Zeit, aber nicht alle Menschen die ganze Zeit.“

Die Krise, in welche hinein dieser Bundestag gewählt wurde, ist ja nicht nur eine zyklische, die kommt und geht, sondern eine strukturelle, bleibende, und dieses weltweit. Zwar hat die Mehrheit der davon betroffenen Völker sich von der hemmenden Last des Stalinismus

und Post-Stalinismus befreit. Aber die Krise, von der ich sprach, eine **Krise** nunmehr **der gesamten Industriegesellschaft**, tritt dadurch nur um so deutlicher in Erscheinung.

Wie lange wird der Globus noch, der einzige den wir haben, sich die Art gefallen lassen, wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen, wie diese Güter verteilt werden?

Der 13. Bundestag wird die Probleme, die sich aus diesen zwei Fragen ergeben, nicht lösen können, aber er kann ihre Lösung in Angriff nehmen, die Herausforderung akzeptieren.

Deutschland, und gerade das vereinigte, hat eine Bedeutung in der Welt gewonnen, der voll zu entsprechen wir erst noch lernen müssen. Denn es geht nicht darum, unser Gewicht vornehmlich zum unmittelbaren eigenen Vorteil in die Waagschale zu werfen, sondern das Überleben künftiger Generationen zu sichern.

Brecht schrieb:

Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, das ein gutes Deutschland blühe wie ein anderes gutes Land.

Dass die Völker nicht erleichen wie vor einer Räuberin, sondern ihre Hände reichen uns die andren Völker hin.

Und nicht über und nicht unter andern Völkern woll´n wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.

Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir´s. Und das liebste mag´s uns scheinen so wie andern Völkern ihr´s.

Arbeits- und Obdachlosigkeit, Pest und Hunger, Krieg und Gewalttat, Naturkatastrophen bisher unbekanntes Ausmaßes begleiten uns täglich. Dagegen sind auch die besten Armeen machtlos. Hier braucht es zivile Lösungen: politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle.

Reden wir nicht nur von der Entschuldung der Ärmsten, entschulden wir Sie. Nicht die Flüchtlinge, die zu uns dringen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben.

Toleranz und Achtung gegenüber jedem einzelnen und Widerspruch und Vielfalt der Meinungen sind vonnöten, ebenso wie eine politische Kultur, mit der unser Land, das geeinte, seine besten Traditionen einbringen kann in ein geeintes freies friedliches **Europa**. Benutzen wir die Macht, die wir haben, vor allem die finanzielle, weise und mit sensibler Hand. Macht, wie wir wissen, korrumpiert. Absolute Macht korrumpiert absolut.

Die Menschheit kann nur in **Solidarität** überleben. Das aber erfordert Solidarität zunächst im eigenen Lande: West, Ost, oben, unten, reich, arm.

Ich habe mich immer gefragt, warum die Euphorie über die **deutsche Einheit** so schnell verflogen ist. Vielleicht weil ein jeder als erstes Ausschau nach den materiellen Vorteilen hielt, die die Sache ihm bringen würde: den einen Märkte, Immobilien, billigere Arbeitskräfte, den andern - bescheidener - harte Mark und ein grenzenloses Angebot an Gütern und Reisen.

Zu wenig wurde nachgedacht über die Chancen, die durch die Vereinigung unterschiedlicher Erfahrungen, positiver wie negativer, sich für das Zusammenleben und die Entwicklung der neuen alten Nation ergeben könnten und - wie ich hoffe - noch immer

ergeben können.

Es wird diesem Bundestag obliegen, dafür zu sorgen, dass die mit der Einheit zusammenhängenden Fragen nicht länger in erster Linie ins Ressort des Bundesfinanzministers fallen. Die gewaltlose Revolution vom Herbst 1989 hat den Menschen der alten Bundesländer Möglichkeiten zu neuer Expansion gebracht und denen der Ex-DDR Rechte und Freiheiten, die keiner von ihnen mehr missen möchte und die, ich betone das ausdrücklich, sie sich selber erkämpften. Diejenigen DDR-Bürger, die die Waffen zur Erhaltung des ungeliebten Systems besaßen, waren zurückhaltend genug, auf deren Anwendung zu verzichten. Und dieses sollte, so meine ich, bei ihrer künftigen Beurteilung zumindest mit in Betracht gezogen werden.

Die **Vergangenheitsbewältigung**, von der heute um der Gerechtigkeit willen so viel die Rede ist, sollte eine Sache des ganzen deutschen Volkes sein, damit nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen. Aber vergessen wir dabei nicht, daß die Jahrzehnte des kalten Krieges, welche uns die Spaltung Deutschlands mitsamt der schrecklichen Mauer und deren Folgen brachten, historisch gesehen, das Resultat des Naziregimes waren und des Zweiten Weltkriegs, der von diesem ausging.

Die Effizienz des Westens, seine demokratischen Formen und andere Qualitäten des Lebens dort, die zum Nutzen der Ostdeutschen zu übernehmen wären, liegen zutage. Aber umgekehrt? Gibt es nicht auch **Erfahrungen aus dem Leben der früheren DDR**, die für die gemeinsame Zukunft Deutschlands zu übernehmen sich ebenfalls lohnte? Der gesicherte Arbeitsplatz vielleicht, die gesicherte berufliche Laufbahn, das gesicherte Dach überm Kopf? Nicht umsonst protestieren ja zahllose Bürger und Bürgerinnen der Ex-DDR dagegen, dass die Errungenschaften und Leistungen ihres Lebens zu gering bewertet und kaum anerkannt oder gar allgemein genutzt werden.

Unterschätzen Sie doch bitte nicht ein Menschenleben, in dem, trotz aller Beschränkungen, das Geld nicht das Allentscheidende, der Arbeitsplatz ein Anrecht von Mann und Frau gleichermaßen, die Wohnung bezahlbar und das wichtigste Körperteil nicht der Ellenbogen war.

Ich weiß sehr wohl, dass man Positives aus Ost und West nur schwer miteinander verquicken kann. Wir haben jedoch so lange mit unterschiedlichen Lebensmaximen in unterschiedlichen Systemen gelebt - und überlebt! -, dass wir jetzt auch fähig sein sollten, mit gegenseitiger Toleranz und gegenseitigem Verständnis unsere unterschiedlichen Gedanken in der Zukunft einander anzunähern.

Das setzt allerdings voraus, dass den Menschen ihre **Ängste** genommen werden: den Westdeutschen, der Osten könnte sie ihre Ersparnisse und ihre Arbeitsplätze kosten; den Ostdeutschen, der Westen könnte sie ihre Häuser und Wohnungen und Stückchen Landes berauben und ihre Jobs dazu, ihre Berufsabschlüsse nicht anerkennen und ihre Rentenansprüche aus irgendwelchen Gründen kürzen. Ängste? Wie oft sind es schon traurige Realitäten! Also lassen sie uns solche Realitäten ändern.

Und diese Annäherung im Denken setzt ferner voraus, dass die Regierung eines so reichen Landes, wie es die jetzt vereinte Bundesrepublik ist, ernsthafte und vor allem wirksame Bemühungen unternimmt Arbeitsplätze zu schaffen, selbst wenn kein Investor neue Profite aus solchen Bemühungen schlagen kann. **Massenarbeitslosigkeit**, meine Damen und Herren - das haben ihre Eltern vor Jahren schon durchleben müssen -, zerstört die gesamte Gesellschaft und treibt das Land in den Abgrund.

Die Menschen erwarten von uns hier, dass wir Mittel und Wege suchen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, bezahlbare Wohnungen zu schaffen, der Armut abzuhelpen und - im Zusammenhang damit - Sicherheit auf den Straßen und Plätzen unserer Städte und in den Schulen unserer Kinder zu garantieren, und jedermann und jederfrau den Zugang zu

Bildung und Kultur zu öffnen. Das heißt: Die Menschen erwarten, dass wir uns als Wichtigstes mit der **Herstellung akzeptabler, sozial gerechter Verhältnisse und der Erhaltung unserer Umwelt** beschäftigen. Die Vorstellungen in diesem Hause dazu mögen weit auseinanderklaffen. Lassen Sie uns ruhig darüber streiten. Doch in einem werden wir hoffentlich übereinstimmen: Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus und stalinsche Verfahrensweisen sollten für immer aus unserem Lande gebannt sein. (Beifall)

Dieser Bundestag wird derlei nicht völlig verhindern können, aber er kann dazu beitragen, ein Klima zu schaffen, in dem Menschen, die solch verfehlten Denkweisen anhängen, der öffentlichen Ächtung verfallen.

All dieses jedoch kann nicht die Angelegenheit nur einer Partei oder einer Fraktion sein. Es ist nicht einmal die Sache eines Parlaments nur, sondern die aller Bürgerinnen und Bürger, West wie Ost. Und wenn wir von diesen moralisches Verhalten verlangen und Großzügigkeit und Toleranz im Umgang miteinander, dann müssen wir wohl als ihre gewählten Repräsentanten mit gutem Beispiel vorangehen.

Und just darum plädiere ich dafür, dass die Debatte um die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft Sache einer großen, bisher noch nie dagewesenen Koalition werden muß, einer **Koalition der Vernunft**, die eine Koalition der Vernünftigen voraussetzt.

In diesem Sinne eröffne ich den 13. Deutschen Bundestag und wünsche uns allen Glück für unsere gemeinsame Arbeit. (Beifall)

Deutscher Bundestag, aus dem Plenarprotokoll Nr.: 13/1 vom 10.11.1994